

Prezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 88, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 88, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2505-2507

## Die englisch-russische Spannung.

Die verschärfte Situation, die durch das englische Ultimatum an Rußland heraufbeschworen worden ist, hat noch immer keine Milderung erfahren. Gestern ist zwar eine russische Note in englischen Auswärtigen Amt eingetroffen, sie gibt aber keine Antwort auf das englische Ultimatum, sondern behandelt lediglich die Frage der Dreimeilen-Grenze in den russischen Territorialgewässern, die in der englischen Note vom 28. April erneut angeschnitten wurde. Die russische Note bestreitet das Recht Englands, diese Streitfrage, die bereits älter als zehn Jahre ist, jetzt zum Gegenstand verschärfter Forderungen an Rußland zu machen. Sie erklärt aber gleichzeitig die Bereitwilligkeit der russischen Regierung, diese Frage auf friedlichem Wege zu regeln und einer Konferenz der daran interessierten Mächte zu unterbreiten.

Soweit authentische Nachrichten aus Moskau vorliegen, herrscht in den maßgebenden Kreisen der Sowjetregierung die Absicht vor, auch bei der Behandlung der im englischen Ultimatum aufgeworfenen Fragen denselben Willen zur Verständigung und friedlichen Schlichtung der Streitfragen zu zeigen wie in der gestern überreichten Note. Diese Haltung der Sowjetregierung kann nur auf das wärmste begrüßt werden. Wenn jetzt in der kommunistischen Presse erneut ein großes Geschrei über angebliche Interventionsabsichten Englands in Rußland angestimmt und das falschistische Attentat in Lausanne mit dem englischen Ultimatum in direkte Verbindung gebracht wird, so ist das zum Teil politische Stereotypie, zum Teil Kadeltscher Bluff. Es ist anzunehmen, daß die verantwortlichen Leiter der russischen Außenpolitik nicht in diese fehlerhafte Politik verfallen, sondern ihren bisherigen Verständigungswillen auch in dieser kritischen Situation zum Ausdruck bringen. Dies um so mehr, als sie nur in diesem Falle Aussicht haben, die tatkräftige Unterstützung der englischen Labour-Party zu finden, die sich bereits mit aller Entschiedenheit gegen das englische Ultimatum an Rußland gewendet hat. Bei aller Kritik der englischen Note weisen aber die Rundgebungen der Labour-Party auch auf die Fehler hin, die auf russischer Seite gemacht worden sind. Wird diesem Standpunkt von russischer Seite nicht in genügendem Maße Rechnung getragen, so würde dem Vorstoß der Labour-Party und den mit ihr zusammengehörenden oppositionellen Gruppen in der am Dienstag bevorstehenden Unterhausdebatte ein großer Teil seiner Schlagkraft genommen werden.

### Vor wichtigen Entscheidungen.

London, 12. Mai. (WZB.) „Times“ zufolge hat die Regierung ihren Anhängern mitgeteilt, daß bei der Unterhausdebatte am kommenden Dienstag die russische Frage aufgeworfen und eine sehr wichtige Abstimmung stattfinden werde, ihre Anwesenheit an diesem Tage sei durchaus notwendig. Es sehe augenblicklich so aus, als ob die Regierung bereit sein müsse, einer vereinten Front gegenüberzutreten. Die Arbeiterpartei und die Unabhängigen Liberalen hätten bereits ihrer Ansicht Ausdruck gegeben, in diesem Punkte gegen die Regierung zu stimmen, und gestern hätten auch die Nationalliberalen beschlossen, mit der Opposition zu stimmen. Freilich sei es zweifellos, ob dies die Mitglieder der Nationalliberalen Partei binden werde, die sich zu einer allgemeinen Unterstützung der Regierung verpflichtet hätten. Dem Vernehmen nach werde sich der Präsident des Handelsamts zu Anfang der Debatte mit der Stellung der Sowjetdelegation befassen. Der allgemeine Eindruck sei, daß das Verschwinden der Delegation den Handel mit Rußland in keiner Weise in Mitleidenschaft ziehen werde.

### Worowskis letzter Brief.

#### Eine Anklage gegen die Schweizer Regierung.

Lausanne, 11. Mai. (Eca.) Am 9. Mai sandte Worowski folgenden Bericht an die russische Botschaft in Berlin:

Die Alliierten hätten, wie Ihnen bekannt ist, von Anfang an die Absicht, uns von der weiteren Beteiligung an der Konferenz auszuschließen unter dem Vorwand, daß die Frage der Meerengen abgeschlossen sei und Ushitscherin es abgelehnt hätte, diese Konvention zu unterzeichnen. In Wirklichkeit fürchten sie aber unseren Einfluß auf die türkische öffentliche Meinung. . . . Das Sekretariat der Konferenz hat auf meinen Brief nicht geantwortet, und die Schweizerische Regierung hätte zu uns auch keinerlei Beziehungen. Somit sitzen wir hier als Beobachter. Nichtsdestoweniger will man uns hier unter allen Umständen hinauswerfen. Am Sonntag erschienen in unserem Hotel einige junge Leute mit einem Apotheker an der Spitze, die sich als Delegation der Nationalen Liga ausgaben und über meine Position in bezug auf die Schweizerische Regierung zu sprechen kamen. Ich habe sie nicht empfangen. Genosse Ahrens wies sie ab, indem er erklärte, daß sie sich damit an ihre eigene Regierung wenden sollten. Jetzt lassen sie überall in der Stadt herumhüpfen, daß sie uns mit Gewalt zwingen werden, die Schweiz zu verlassen. Ob die Polizei irgendwelche Maßnahmen zu unserem Schutze trifft, ist uns nicht bekannt. Außerhalb ist jedenfalls nichts davon zu merken. Man fühlt ganz deutlich, daß hinter diesen jungen Leuten eine bewußte fremde Hand an der Arbeit ist, vielleicht eine ausländische. Die Schweizer Regierung, die über alles dieses informiert sein muß, weil die Zeitungen voll davon sind, hat die Verantwortung für unsere Unversetzbarkeit. . . . Ich habe über diese Bedrohungen nach Moskau berichtet, und es ist möglich, daß Moskau sie beauftragen wird, dem Schweizerischen Vertreter in Berlin zu erklären, daß für die Befreiungen der Mitglieder unserer Mission in Rußland lebenden Schweizer büßen müssen. . . . Da die Haltung

der Schweizer Regierung eine unerhörte Verletzung der Garantien darstellt, die uns zu Anfang der Konferenz gegeben wurden und in diesem wohlgeordneten Lande nichts ohne Wissen der Behörden geschieht, muß die Schweizer Regierung die Verantwortung tragen.

Lausanne, 12. Mai. (E.P.) Der russische Delegierte Ahrens teilte folgendes mit:

Da ich mit Worowski während des zweiten Teiles der Lausanner Konferenz zusammen gearbeitet habe, bezeuge ich hiermit in kategorischer Weise, daß das Kommissariat des Waadtländischen Justiz- und Polizeidepartements, worin behauptet wird, daß Worowski den ihm angebotenen Schutz abgelehnt habe, frei erfunden ist. Wenn der Chef der Sicherheitspolizei behauptet, daß er keine Kenntnis hätte von den Drohungen gegen die russische Delegation, so kann man seinen Auskunftsdienst nur bedauern. Er hätte nur in den französischen Zeitungen vom vorigen Dienstag an nachzulesen brauchen, um über die von der Nationalliga gegen die russische Delegation verübten verbrecherischen Absichten im Klaren zu sein. Die Rechtfertigung des Waadtländischen Justiz- und Polizeidepartements beruht daher offensichtlich auf falscher Behauptung.

Lausanne, 12. Mai. (WZB.) Die Schweizerische Sozialdemokratische Partei beabsichtigt, im Nationalrat eine Interpellation wegen der Ermordung Worowskis einzubringen.

Bern, 12. Mai. (Schweizer. Dep.-Agentur.) Die Geschäftsleitung der sozialistischen Partei der Schweiz erläßt eine Erklärung, worin das Attentat in Lausanne aufs schärfste verurteilt und wegen des mangelhaften Sicherheitsdienstes in der Konferenzstadt, wo bereits auch der Föschismus nachgedrückt worden sei, protestiert wird. Wenn das ruchlose Attentat für die in Rußland lebenden Schweizer schwere Folgen nach sich ziehe, so lege die Schuld allein an den schweizerischen Behörden, die ihre Pflichten vernachlässigt haben. Der russischen Sowjetdelegation in Lausanne wurde telegraphisch das Beileid ausgesprochen.

### Englische Konservative für Frankreich.

London, 12. Mai. (E.C.) Die italienische Antromonte auf die deutschen Reparationsvorschlüsse ist gestern abend hier eingetroffen. Die konservative Presse weist darauf hin, daß Deutschland sich durch die englische Note in seiner Hoffnung getäuscht haben werde, einen Reiz zwischen die Alliierten zu treiben. In der Antwort der englischen Regierung würden besonders die von Deutschland angebotenen Reparationssummen entschieden verworfen werden, da sie ungenügend seien.

Der englische Generalpostmeister, Sir William Johnson-Pickens, hielt gestern abend in Slough eine Rede, worin er erklärte, daß die Regierung nicht daran denke, die Freundschaft mit Frankreich zu brechen. Die Regierungspolitik bezwecke auch nicht, den Franzosen im Ruhrgebiet Hindernisse zu bereiten. Deutschland habe den Versailler Vertrag bereits gebrochen, als die Tinte darauf gerade getrocknet war. Deutschland habe genügend Geld, seinen eigenen Wiederaufbau zu vollziehen, aber es habe kein Geld, um seine Schulden an Frankreich zu bezahlen. Wenn die Engländer sehen müßten, daß ihre eigenen Städte und ihr Land zerstört wäre, so würden sie Deutschland, das die Reparationszahlungen verweigere, ebenso streng beurteilen wie die Franzosen es jetzt täten.

### England für Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung?

London, 12. Mai. (Eca.) Die Londoner Nachrichtenagentur „Central News“ veröffentlichte gestern abend eine Notiz, aus der hervorgeht, daß England in seiner Antwort nicht zugeben würde, die Besetzung des Ruhrgebietes als eine Verletzung des Versailler Vertrages anzuerkennen. Dieser Gedanke käme mit vollster Klarheit in der englischen Antwortnote an Deutschland zum Ausdruck. Philippe Millet stellt fest, daß am letzten Mittwoch in London zwischen dem französischen Botschafter in London Et. Aulair und dem ständigen Sekretär im Auswärtigen Amt Sir Egre Crews „ein nützlicher Meinungsaustausch“ stattgefunden habe. Nach einer Erklärung, die der englische Minister des Auswärtigen am Dienstag im Parlament vorlesend hat, sei eine Auseinandersetzung unvermeidbar gewesen, die die Atmosphäre entspannt zu haben scheint. Wenn man den Informationen glauben schenken könne, fährt Millet fort, die ernsthaft sind, dann wäre man in englischen offiziellen Kreisen nicht weit davon entfernt, die beiden in der französischen und belgischen Antwort aufgestellten Grundzüge anzuerkennen, nämlich die Räumung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der deutschen Zahlungen und die Einstellung der passiven Widerstandes vor jeder Unterhaltung. Andererseits wird dem „Zeit Pariser“ aus London gemeldet, daß die italienische Regierung, die sich der Okkupation des Ruhrgebietes im Prinzip angeschlossen habe, an der diplomatischen Unterhaltung zwischen London und Rom darauf hingewiesen habe, daß sie hinsichtlich der Ruhrbesetzung nun darauf bestehen wolle, daß dieser ein rechtlich unantastbarer Akt gewesen sei. Infolgedessen müsse ein klarer Gedanke in der englischen Antwortnote zum Ausdruck kommen, wenn London und Rom sich über die Grundgedanken ihres Antworttextes an Deutschland verständigt haben.

London, 12. Mai. (E.P.) Die Mitteilung der englischen Note an Frankreich und Belgien hat eine kleine Verzögerung erfahren. Da die englische und italienische Regierung ihre Antwortnoten zuvor ausgetauscht haben, so sind sie darüber einig geworden, den Text an mehreren Stellen abzuändern, um die beiden Noten so ähnlich wie möglich zu gestalten. Diese Änderung wurde bereits in London vorgenommen.

Dollar 43.000.

## „Für die Arbeiterregierung!“

Kommunistische Ziele.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:  
Seit Monaten erscheint in den täglichen Duhendaufzügen der Kommunisten die Forderung nach der Arbeiterregierung als ständige Parole. Die Regierung Bud-Lipinski wurde von ihnen zur höheren Ehre dieser Parole gestürzt, der Freistaat Sachsen selbst sieben Wochen in einer schweren Regierungskrise gehalten und die „linkssozialdemokratische“ Regierung Feigener unter dieser Stichmarke zuwege gebracht. Auch in Thüringen schrien sich die Kommunisten, besonders nachdem das sächsische Experiment gelungen ist, die Hölle mund nach einer „Arbeiterregierung“, indem sie der Sozialdemokratie unterstellten, sie treibe auch in Thüringen eine verkappte Koalitionspolitik, und nachdem ihnen trotz der Aufbietung ihres gewohnheitsmäßigen Lügenapparates der Beweis dafür nicht gelungen ist, sie steure offen auf die große Koalition los. Ziel der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen soll dann die Ertümpfung einer „Reichsarbeiterregierung“ sein.

Die Kommunisten, wie immer groß in der Kunst der Verneinung, haben es bisher unterlassen, den Arbeitern zu sagen, was sie sich unter einer „Arbeiterregierung“ vorstellen. Eine nicht unbeträchtliche Opposition in der KPD, die ständig wächst, verwirft die „Arbeiterregierung“ als eine Spottgeburt aus Affe und Mensch überhaupt und sieht in jedem Versuch, der über die bloße Propagierung der Parole hinausgeht, eine Todsünde gegen den heutigen Geist des Staatsdogmas der kommunistischen Kirche. Die thüringischen Kommunisten, von jeder förmliche Heilige und unheilige Mönche, aber schlagen mit großer Kraft die Radautrommel für die „Arbeiterregierung“.

Wir halten es deshalb für notwendig, daß sich die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft einmal reiflos klarmachen, welche Absichten die Kommunisten mit ihren Parolen um die „Arbeiterregierung“ verfolgen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollten wir glauben, daß den Kommunisten daran läge, den proletarischen Einfluß in den Regierungen dadurch zu stärken, daß sie an Stelle der nach ihrer Meinung charakterlosen sozialdemokratischen Führer mehr markanten Arbeiterpersönlichkeiten à la Dr. Neubauer usw. in die Regierung entsenden wollen. Sehr interessant unterscheiden sie vielmehr bereits vier Arten der „Arbeiterregierung“. Da ist, nach Sinowjews Schlussrede zum Bericht des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale vom 12. November vorigen Jahres, zunächst der Typ der liberalen Arbeiterregierung. Er bezeichnet damit die Bildung der Regierung, wie sie von der Arbeiterpartei in England und den Dominions seiner Auffassung nach erstrebt wird und wie sie in Australien besteht, eine Regierung, die im Kern bürgerliche Politik treibt. — Der zweite Typus ist die sozialdemokratische Regierung, wie sie von den Agenten und Lakaien der Bourgeoisie als ein Vorposten des Bürgerturns im Proletariat in Deutschland innewohnt wird. Sie wird durch den Verrat der sozialdemokratischen Führer in der Regierung eine Etappe zur Revolutionierung der Lage, weil den enttäuschten Massen nach Sinowjew nichts anders übrig bleibt, als sich dem Kommunismus zuzuwenden. —

„Ein dritter Typus ist“, fährt Sinowjew fort, „die sogenannte Koalitionsregierung, d. h. eine Regierung, in der Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer und vielleicht auch Kommunisten sitzen. Eine solche Regierung ist noch nicht die Diktatur des Proletariats. Sie ist vielleicht ein Ausgangspunkt zur Diktatur des Proletariats. Wenn alles gut geht, so werden wir aus einer solchen Regierung einen Sozialdemokraten nach dem anderen hinausbuggieren, bis die Macht in den Händen der Kommunisten bleibt.“

Der vierte Typus ist die so entstandene kommunistische Arbeiterregierung, die nur ein anderer Name für die Diktatur des Proletariats ist.

Der Weg zur Arbeiterregierung im revolutionären Sinne geht nach Sinowjews Meinung nur über den Sturz der Bourgeoisie. Dieser und die Erringung der Staatsmacht durch die Kommunisten ist nur möglich im Bürgerkrieg.

„Keinesfalls ist die Parole der Arbeiterregierung eine Kriegesparole, durch die wir der Bourgeoisie den Verzicht auf den Bürgerkrieg abtrotzen können.“ Wir werden versuchen, durch die Arbeiterregierung Koalitionsregierung (einen Sozialdemokraten nach dem anderen hinausbuggieren, bis die Macht in den Händen der Kommunisten bleibt) und dann Bürgerkrieg.“

Sehr deutlich hat diese selben Gesichtspunkte Kadel in seinem Referat über die Offensive des Kapitals am 15. November vorigen Jahres unterstrichen.

„Wenn der Kampf um die Einheitsfront geht, wenn die sozialdemokratischen Massen ihre Führer zwingen, mit der Bourgeoisie zu brechen, um die Macht in den industriellen Ländern zu erlangen, sind wir bereit, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen.“ „Ob wir zur Regierung kommen durch den Bürgerkrieg, ob wir dazu kommen durch das Verjagen der Bourgeoisie — der Bürgerkrieg wird das Resultat der Arbeiterregierung sein.“

Die Absichten der Kommunisten sind also sehr klar: Sie heißen für Deutschland: Sturz der sozialdemokratischen Regierungen, „Koalitionsregierungen“, „Bürgerkrieg“, „Diktatur des Proletariats“ (der kommunistischen Partei). Nicht um den Arbeitern, wie so mancher gutgläubig meinen mag, den Einfluß über die „verräterischen“ sozialdemokratischen Führer zu verschaffen, sondern um der kommunistischen Führer

certikare die Herrschaft über die Arbeiter zu gewinnen, ist die Parole „Arbeiterregierung“ hinausgeworfen worden. Nicht um die Arbeiter zu vereinen, sondern um die SPD. zur herrschenden Partei in der Arbeiterbewegung zu machen, wird nach „Einheitsfront“ gerufen. Nie ist die gerade Ehrlichkeit und das gesunde proletarische Empfinden gewissermaßen mißbraucht worden als mit den Parolen „Arbeiterregierung“ und „Einheitsfront“.

Wollen die Kommunisten das Ziel, das sie sich mit diesen Parolen gesteckt haben, erreichen, so müssen sie zunächst eins versuchen: Die Zerstörung der Sozialdemokratie. Deshalb wird auch der Sozialdemokratie in der Ideologie der Kommunisten nie die Rolle einer Arbeiterpartei zugewiesen. Sie ist der „Verräter“, der „Agent“, der „Kauf der Bourgeoisie“, der Vorposten und Blatthalter der Bourgeoisie im Proletariat, nicht der rechte Flügel der Arbeiterklasse, sondern „der linke Flügel der Bourgeoisie“. Bereits in der Eröffnungsrede des vierten Weltkongresses erklärte es Sinowjew für einen Grundfehler, die Sozialdemokratie etwa als den rechten Flügel der Arbeiterbewegung ansehen zu wollen. Er hat es bestimmt — und die deutschen Kommunisten folgen ihm getreulich — die Sozialdemokraten sind Verräter, verkappte Bourgeois. „Einheitsfront“ und „Arbeiterregierung“ sind notwendig, um die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren laienhaften Führern abzutrennen und für den Kommunismus zu gewinnen.

Die Entwicklung der beiden letzten Wochen hat ja in Sachen einwandfrei gezeigt, daß es der SPD. durchaus ernst ist, mit der „Arbeiterregierung“ die „Liquidierung der Sozialdemokratie“ zu erreichen. Denn noch bevor die Regierung jeigner Gelegenheit gehabt hat, sich einzuarbeiten, werfen ihr schon die Kommunisten Knüttel zwischen die Beine und drohen mit ihrem Sturz. Die Ablehnung des gemeinsamen Aufbaues des proletarischen Ordnungsdienstes durch die Landesleitung der sächsischen Sozialdemokratie, die inzwischen von einer Reihe von Unterbezirken der Partei bestätigt worden ist, weil die sozialdemokratischen Arbeiter, gewißigt durch die Erfahrung mit der SPD., ihn nicht wollen, wird von den Kommunisten zu einer neuen Hebe bemüht. Und Böllcher selbst geht mit seinen neuen Forderungen schon völlig in der Richtung Ruth Fischer unter, deren Vorschläge er noch am 27. März als außerordentlich leichtfertig und auf völlig mangelnder Sachkenntnis aufgebaut beämpfte.

Das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung fordert gebieterisch, daß die Sozialdemokratie den Kommunisten auf diesem Wege die Gefolgschaft verweigert. Mögen die Kommunisten so weiter arbeiten. Sie werden dann sicher das erreichen, was die SPD. Sachsens der Richtung Ruth Fischer vorausgesehen hat: Daß das Vertrauen der Massen in der SPD. äußerst erschüttert und ihr Einfluß in katastrophaler Weise auf eine kleine Minderheit reduziert wird. Vielleicht überlegen sich die Kommunisten einmal, ob diese Art der „Einheitsfront“ und der „Arbeiterregierung“ nicht am Ende die Liquidierung ihrer eigenen Partei bedeutet.

### Für sozialdemokratischen Ordnungsdienst.

Die Generalversammlung der Kreisorganisation Borna nahm folgende Entschlüsse an:  
„Die am 6. Mai im Volkshaus zu Borna tagende Kreisgeneralversammlung hält die Richtlinien des Bezirksvorstandes für sich als bindend. Die Ortsgruppen sind gewillt, den Ordnungsdienst innerhalb der Partei zu schaffen und lehnen eine betriebsweise Zusammenfassung mit der SPD. und den Parteilosen ab.“  
Die Generalversammlung des Unterbezirks Döbeln nahm folgende Entschlüsse an:  
„Die am Sonntag, den 6. Mai, in Döbeln tagende Unterbezirksgeneralversammlung stellt sich entschieden auf den Boden der Richtlinien des Bezirks. Sie lehnt eine gemeinsame Bildung des Selbstschutzes mit den Kommunisten ab, da sie in der politischen Einstellung der SPD. keine geeignete Grundlage zu positiver Arbeit erblickt.“

### Ein Maibrief an die Richter.

Zu einem Prozeß war ich als Zeuge geladen. In einer nebenläufigen Angelegenheit. Ich wäre auch pünktlich zu dem Termin erschienen, wenn er nicht ausgerechnet auf den 1. Mai anberaumt worden wäre, trotzdem mindestens drei „stadtbekannte“ Sozialisten (teils als Partei, teils als Zeugen) mit dem Prozeß zu tun hätten. Ich mußte daher begründen, warum ich nicht am 1. Mai vor Gericht erscheinen konnte. Also schrieb ich — wie Apollon Paulus an die Korinther — an die Herren des Gerichts folgende Maiepistel:

An das Amtsgericht in F.  
Zu dem Prozeß I contra II bin ich auf 1. Mai vormittags 9 Uhr als Zeugen geladen. Aus nachfolgenden Gründen kann ich diesen Termin nicht wahrnehmen:

Ich bin Sozialist.  
Was für den Katholiken das Fronleichnamsfest, für den Protestanten der Karfreitag, für den strenggläubigen Israeliten Jom Hakippurim (Versöhnungstag), für den Mohammedaner Id Udba (Weiramfest) zum Andenken an Abrahams Opfer ist für den Sozialisten der Weisheitstag am 1. Mai. Wir Sozialisten demonstrieren an diesem Feiertag für den Achtstundentag, der rücksichtslose Ausbeutung des Arbeiters durch den profitgierigen Unternehmer verbietet und dem Arbeiter Grundzüge zu einem menschenwürdigen Dasein bilden soll. Ferner gilt der Maifeiertag der Versöhnung aller Völker und protestiert gegen jegliches Kriegs-Rassenmorden. Wir deutschen Arbeiter bekunden damit aber auch unseren festen Willen zum Schutz der deutschen Republik gegen alle faschistischen und imperialistischen Umtriebe.

Nachdem nun auch noch die Reichsregierung durch Erlaß Stellung zur Feier am 1. Mai genommen hat, glaube ich annehmen zu können, daß mein Fernbleiben in der Verhandlung am 1. Mai hinreichend begründet erscheint. Ich brauche daher wohl nicht zu erwähnen, daß ich am 1. Mai auch infolge beruflicher Verpflichtungen nicht zu dem Termin erscheinen kann.

Zu Ihrer Erleichterung darf ich wohl kurz den Inhalt des Erlasses der Reichsregierung anfügen. Nach dieser von der Reichsregierung getroffenen Regelung haben am 1. Mai die Reichsbehörden und ihre Betriebe in den Ländern, die den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festgelegt haben, auf diese Tatsache Rücksicht zu nehmen, d. h. auch herleits den 1. Mai als Feiertag zu betrachten. In den anderen Ländern können die Beamten und Angestellten und Arbeiter um Urlaub nachsuchen, der grundsätzlich überall soweit zu gewähren ist, als dadurch die Fortsetzung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt ist. Nach dem Wunsch der Reichsregierung soll bei der Entscheidung über solche Anträge nicht engherzig verfahren werden. In Betrieben, in denen eine Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Urlaub oder Lohnkürzungen gemährt wird, gilt das gleiche auch für die Dienstbefreiung am 1. Mai. So weit der Erlaß der Reichsregierung.

Die Versammlung steht in dem Bestreben der SPD., einen Gegensatz zwischen Führern und Massen der SPD. zu konstruieren, einen Versuch, die Partei zu schädigen und lehnt dieses Beginnen in schärfster Weise ab.

Macht die SPD. die Ablehnung des gemeinsamen Selbstschutzes zur Kabinettsfrage, so erklärt die Versammlung, daß die SPD. hierfür alle Verantwortung trägt.“

### Neuregelung des Lohnabzugs.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde heute der sozialdemokratische Antrag über die Neuregelung des Lohnabzuges beraten. Es wurde beschlossen, die Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um 50 Proz., die Abzüge für die minderjährigen Kinder um 100 Proz. und die Abzüge für Werbungskosten um 150 Proz. zu erhöhen. Durch diese Beschlüsse, die bereits die Zustimmung des Reichstages gefunden haben und zum 1. Juni in Kraft treten werden, ist künftig steuerfrei: Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau ein monatliches Einkommen von 12 000 M. (8000 M.), für jedes minderjährige Kind 80 000 M. (40 000 M.), für Werbungskosten 100 000 M. (40 000 M.). Bei einer Familie mit zwei Kindern ist demnach ein monatliches Einkommen von 284 000 M. (136 000 M.) steuerfrei. Die jetzt beschlossenen Sätze entsprechen im wesentlichen dem Vorschlage der Sozialdemokraten, vor allem bei der Erhöhung der Werbungskosten und der Kinderermäßigungen.

### Das Düsseldorfer Todesurteil.

Organisation Heinz.  
In der Verhandlung der Sitzung des Düsseldorfer Kriegsgerichts gegen den Kaufmann Schlageter-Berlin, der zum Tode verurteilt wurde, den Studenten Sadomski, der lebenslängliche Zwangsarbeit erhielt und fünf andere Angeklagte, die mit Freiheitsstrafen zwischen 5 und 20 Jahren bestraft worden sind, wurde den Angeklagten bekanntlich vorgeworfen, Spionage getrieben, Anschläge gegen die Person der Besatzungsgruppen und Sprengstoffattentate an Bahnhöfen begangen zu haben. Es wurde ein Zusammenhang dieser Unternehmungen mit einem Mitglied des Krupp-Direktoriums, andererseits auch mit der Leitung der Deutschpöhlischen in Berlin behauptet, der von beiden Seiten bestritten wird. Wir brauchen kaum zu sagen, daß Feststellungen französischer Kriegsgerichte für uns nicht überzeugend sind, das gilt insbesondere für die behauptete und in keiner Weise bewiesene Verbindung der Organisation mit der Firma Krupp, die man augenscheinlich nur konstruiert hat, um das Justizverbrechen von Werden zu beschönigen.

Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß die fremden Truppen kein Recht haben, sich im neubefreiten Gebiet aufzuhalten, daß sie kein Recht haben, über Einwohner dieses Landes Gericht zu halten und über sie Todesurteile zu fällen. Jedes von ihnen vollzogene Todesurteil ist in höherem rechtlichem Sinn Mord. Aber mit dieser grundsätzlichen Klarstellung ist der Fall noch nicht erledigt. Denn das Auftauchen unkontrollierbarer Banden im Ruhrgebiet bedeutet eine ungeheure Gefahr — nicht für die französischen Truppen, aber für die Bevölkerung des Gebiets selbst und für den Ausgang des Kampfes. Die organisierte Arbeiterschaft steht jenen Geheimorganisationen, die im Ruhrgebiet ihren Privatkrieg mit den Franzosen organisieren wollen, mit unbeflegbarem Mißtrauen gegenüber, und dieses Mißtrauen beruht auf einem sehr gefunden Instinkt. Denn nur Kinder können glauben, daß der deutsch-französische Konflikt mit den Mitteln eines Heckenkriegs zu lösen ist. Daß in den unvermeidlichen Ausgängen eines solchen törichten und sinnlosen Heckenkriegs das Schicksal des Ruhrgebietes und ganz Deutschlands mit hineingerissen werden könnte, ist ein unerträglicher Gedanke. Möge die Regierung die Gefahr erkennen, die von dieser Seite kommt, und mit den organisierten Arbeitern des Ruhrgebiets gemeinsam alle Kraft einsehen, um der drohenden Entartung des Kampfes vorzubeugen.

Ich sehe daher voraus, daß das Gericht meine sozialistisch-religiöse Weltanschauung zu respektieren weiß und mich für den 1. Mai von meinem Erscheinen als Zeugen vor Gericht entbindet. Da ferner zwei Personen der Parteien sozialistisch gesinnt sind, dürfte sicherlich auch von dieser Seite ein Antrag auf Verlegung an Gerichtsstelle eingehen.

Mag Ed. Troll.  
Der Brief war nicht erfolglos. Rechtzeitig und in prompter Beantwortung erhielt ich die Mitteilung vom Gericht, daß der Termin vom 1. Mai aufgehoben und ein neuer Termin 14 Tage später anberaumt wurde.

Ran hebt: Es ist doch nicht zwecklos, wenn man ruhig und sachlich die Richter sozialistisch aufklärt. Daher sei dieses Beispiel zur Nachahmung empfohlen.

Polisch und Vermutter. Die fröhliche Apotheose auf das goldene Herz des amerikanischen Geschäftsmannes, die es vor Jahren in der Schumannstraße zu einem Sommer-Kassenerfolg brachte, wird jetzt im Central-Theater unter Rotter'scher Oberhoheit gespielt. Mit dem Kassenerfolg wird es ja wohl auch hier wieder stimmen, aber Vergleichs sollte man lieber nicht ziehen. Den Polisch spielt Friedrich Lohse mit veredelter Herrnschickge, nerods, gequält und weniger gerissen. Vermutter ist Oskar Ebelbacher, beherrschend im Wort, schmüddig mit einem Stich ins Nüchternen, was ihm nicht fehlt. Den Gauner-Advokat Feldmann gibt Leon Weiß allzu farblos. Das Fräulein Zuckersneider, das alles zum guten Zweck, wird von Adele Förste lieblich und voll Ruhe gemimt. Ueber die Herrschafft, die sich sonst auf der Bühne bewegen, sei der Mantel des Schweigens gebreitet. Die Komödie wurde im flotten Tempo ohne Ambitionen herumgespielt.

Aluminium als Münzmetall. Als im Kriege, vor nunmehr etwa 6 Jahren, zum erstenmal Pfennige aus Aluminium geprägt und in den Verkehr gebracht wurden, hat sich gewiß niemand in Deutschland träumen lassen, daß es dereinst solche Münzen im Wert von Hunderten von Mark geben würde. Das Reich macht freilich mit diesem Geld aus Leichtmetall eigenartige Erfahrungen. Als wir noch die Goldwährung hatten oder uns das wenigstens einbildeten, wurde der Aluminiumpfennig als Kuriosum betrachtet und gesammelt, so daß er im Verkehr kaum je eine Rolle spielte. Dann kam die Papiergeldflut und schwemmte die letzten Reste unseres gemünzten Geldes hinweg, bis man sich endlich entschloß, an Stelle des aus dem Verkehr verschwundenen Silbergeldes größere Aluminiummünzen herzustellen. Von diesen war wirklich im Umlauf nur das fünfzigpfennigstück; es verschwand aber, durch die fortschreitende Geldentwertung überhast, auch bald wieder in den Kästen der Sammelwütenden. Die Dreimarckstücke in Aluminium waren ihrem Kennwert nach schon bei der Ausgabe durch die Geldentwertung überholt, und wenn nicht alles trägt wird es den neuen zweihundertmarkstücken nicht anders gehen. Sie figurieren im Ausweis der Reichsbank zwar schon mit einer beträchtlichen Zahl von Milliarden; da man diese an sich sehr schönen und handlichen Münzen aber gleichfalls so gut wie nie zu Gesicht bekommt, so ist wohl der Schluß berechtigt, daß auch sie bisher fast völlig von den Sammlern gedampft worden oder in den Wäsenden aufgespeichert sind.

### Franz v. Puttkamer freigelassen.

München, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Franz v. Puttkamer ist heute morgen gegen eine Kaution von 5 Millionen M. aus der Haft entlassen worden. Das Volksgericht hat der eingehend begründeten Haftbeschwerde des Verteidigers Puttkamers stattgegeben, ohne ihn außer Verfolgung zu setzen.

Die erste Wirkung des Ausnahmegesetzes besteht in einem Verbot der „Roken Bayernsahne“ wegen eines Artikels des kommunistischen Blattes, der überschrieben war: „Der Widerstand bis zum äußersten.“

Der Ministerpräsident v. Knilling, der gestern abend nach Berlin gereist ist, um mit dem Reichkanzler die Lage in Bayern zu besprechen, wird am Dienstagfrüh im Haushaltsauschuß die Gründe bekannt geben, die zum Erlaß des Ausnahmegesetzes geführt haben. Als Nachfolger des Münchener Polizeipräsidenten kommt in erster Linie der Oberregierungsrat Pirner im Ministerium des Innern in Betracht. Definitives über die Nachfolgerschaft wird auch in der erwähnten Dienstagssitzung des Ausschusses verlaublich werden.

### Schwere Mißhandlungen in Mainz.

Mainz, 12. Mai. (Eig. Drahtber.) Heute kommt die Nachricht, daß am vergangenen Mittwoch am Söberring schwere Mißhandlungen Deutscher durch französisches Militär vorgenommen wurden. Die Franzosen waren dazu übergegangen, zahlreiche am Söberring wohnende Eisenbahnerfamilien einfach auf die Straße zu setzen und die Wohnungen zu beschlagnahmen. Die fürchterlichen Szenen, die sich dabei abspielten, lockten zahlreiche Neugierige herbei. Plötzlich erschien am Söberring ein Trupp von etwa 30 Mann Spahis zu Pferd und jagten mit gezogenem Säbel auf der Straße und dem Bürgersteig die Ansammlung auseinander, während andere Spahis auf Fahrrädern auf dem Fußsteig fuhrten und mit Keiseln auf die Auseinandertretenden einschlugen. Die Vorgänge hielten bis zum Einbruch der Dunkelheit an. Von Zeit zu Zeit erschienen Militärzüge und es wiederholte sich immer wieder daselbe Schauspiel vor den Augen der entsehten Zuschauer.

### Der Anschlag auf Caillaux.

Nachspiel in der Kammer.  
Paris, 12. Mai. (Eig.) In der gestrigen Kammerverhandlung Interpellierte Herriot über das gegen Caillaux verübte Attentat. Er fragte, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke, um solche Zwischenfälle in Zukunft zu vermeiden. Die Kammer beschloß, die Diskussion dieser Interpellation zu verschieben.

Botschafter Houghton in New York. Am gestrigen Freitag sind in New York drei amerikanische Botschafter eingetroffen, und zwar der Botschafter in London Harves, ferner der Berliner Botschafter Houghton und der Moskauer Botschafter Wood. Der Berliner Botschafter sprach sich dahin aus, daß in Deutschland seit der Besetzung der Ruhr die Arbeitslosigkeit zugenommen habe, daß aber die deutsche Regierung nicht gefährdet sei und daß Deutschland weit mehr an Arbeit als an Krieg denke. Deutschland habe den aufrichtigen Willen, die Reparationsfrage zu lösen. Es sei aber auch sicher, daß durch die Besetzung der Ruhr die Erfüllung dieser Bestrebungen sehr erschwert werde.

Hölllein im Hungerstreik. Die „humanität“ teilt mit, daß der Reichstagsabgeordnete Hölllein und der Kommunist Vári, die bekanntlich als einzige der verhafteten gewesenen Kommunisten nicht aus dem Santé-Befängnis entlassen wurden, gestern abend 5 Uhr in den Hungerstreik getreten sind. Sie haben diesen Entschluß dem Gefängnisdirektor in einem Briefe mitgeteilt, in dem sie gleichzeitig gegen ihre Gefangenschaft protestieren.

### Aus der Partei.

Zum Prozeß Freund.  
Am 11. Mai ist der Prozeß des Bundtagsabgeordneten Genossen Dr. Freund zum Abschluß gekommen. Das feinerzeit von der USPD. eingesezte Schiedsgericht setzte seine Arbeiten mit Rücksicht auf den schwebenden Prozeß aus. Nunmehr wird sich der Bezirksvorstand der USPD. Groß-Berlin erneut mit der Angelegenheit beschäftigen. Bezirksvorstand USPD. Berlin.

Geht das so weiter, so wird die Hartgeldfabrikation für die Reichskasse schließlich doch noch einmal zu einem Geschäft, allerdings nur dann, wenn der Rennerwert der Münzen hoch genug ist, um neben den Herstellungskosten auch den Materialwert zu decken, was bisher durch die immer weiter fortschreitende Entwertung der Mark ver-eitelt worden ist.

Abfassung der russischen Kister. Der vierte allrussische Kirchenkongress in Moskau entschied sich einstimmig dafür, daß den russischen Bischöfen die Eingehung einer Ehe erlaubt werden soll. Ebenso wurde von der Mehrheit ein Antrag angenommen, der auf die Abschaffung der russischen Kister abzielt. Die Sitzung endete mit einer heftigen Debatte, die sich auf den Vorschlag richtete, die Reliquien aus den Kirchen zu verbannen. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß ein solcher Eingriff, der das religiöse Gefühl einer großen Zahl von Gläubigen schwer zu verletzen geeignet sei, unter allen Umständen bekämpft werden müsse. Man wies dabei auf die Vorgänge hin, die sich an die Ausgrabungen in Tjeben und die als Schändung empfundene Aufdeckung des Grabes von Tut-anch-Amun geknüpft haben.

Das Aufsteigen der Lachse. Man weiß, daß der Lachs in gewisse Flüsse aufsteigt, um zu laichen, aber es war lange unklar, warum dieser Fisch manche Gewässer bevorzugt und andere meidet. Nach neueren Forschungen besteht nun zwischen den Wanderungen des Lachses und dem Sauerstoffgehalt des Wassers eine unmittelbare Beziehung. Die Wanderung erfolgt beständig aus den weniger sauerstoffhaltigen Wasserdüfen in die an diesem Gas reicheren, und den stärksten Vorrat an Sauerstoff bieten die Wasserläufe, in denen der Lachs seine Wanderung unterbricht, um zu laichen. Er laicht dort, wo der Sauerstoffvorrat des Wassers eine aktive Atmung gestattet. Diese Forschungen sind nicht nur theoretisch wertvoll, sie haben auch praktische Bedeutung. Man weiß jetzt, was den Lachs lockt, und man wird also bei Ver suchen zur Wiederbesetzung von Wasserläufen mit Lachsen nur solche Flußläufe zu berücksichtigen haben, die genügend Sauerstoff besitzen.

Erkautführungen der Woche. Dienst. Deutsches Theater: „Der Graf von Charolais. Donnerst. Deutsches Opernhaus: „Der Gott und die Bajadere.“ — Schloßpark: „Johann Sebastian Bach. Sonnab. Volkstheater: „Die blaue Hawaii.“ — Große Volkoper: „Die Völsper.“ Sonn. 12. d. Kommandantenstr.: „Julius Cäsar und seine Mörder.“

Urania-Vorträge. Sonn. 12. d. Sonnab. „An nordischen Ländern.“ Dienst. 13. d. Sonn. „Unter Wäldern und wilden Tieren.“ Freit. 14. d. Mit Sang und Klang zwischen Schwarzwalb und Alb.“

Erweiterung des Charlottenburger Opernhauses. Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg soll in Kürze umfangreiche Erweiterungen erfahren, und zwar soll der bisherige große Restaurationsbetrieb in ein Kammertheater umgewandelt werden, in dem die Spieloper gespielt werden soll; weiterhin will man das Foyer in einen Konzertsaal umbauen.

Berliner Gräber als Städtewauer. Ueber diese Frage spricht sich Stahl an Einladung des Bundes Deutscher Architekten. Landesbezirk Brandenburg, am 14. im Ränklersganz, Beldoufstraße 3 (H. Saab, abends 8 Uhr. Gäste sind willkommen.

# Zeichen der Zeit.

Der Bezirk Steglitz hat zwei „höhere“ Mädchenschulen, die seit nunmehr 4 Jahren schlecht und recht als Lyzeum I und II bezeichnet werden. Das ging natürlich nicht länger an. Goethe hat ja wohl einmal gesagt, daß sich ein jeglicher seinen Helben wählen müsse, dem er die Wege zum Olymp nacharbeiten gedächte. Und dieser Held muß natürlich auf dem Schild über der Schultür stehen. Sonst könnte der Junge oder das Mädchen ja den Namen „seines“ Helben, der ihm von Amis wegen vorgeschrieben ist, einmal vermissen. Und dann wäre es vielleicht Eßig mit dem Weg zum Olymp...

Also kam man in Steglitz, die Eltern der „höheren Töchter“, ihre Lehrer und ein hochwohlwieliges Bezirksamt, dahin überein, den beiden Schulen einen Namen zu geben. Und die sonst so schwierige Eingabe war überraschend schnell erledigt. Denn es ist ja selbstverständlich, daß es in der Weltgeschichte nur zwei Persönlichkeiten gibt, die man den jungen Mädchen der deutschen Republik als Vorbild hinstellen kann: Bismarck und Kaiserin Auguste Viktoria. „Mädel, sirebe danach, ein Bismarck zu werden! Junge Republikanerinnen, werde eine Kaiserin Auguste-Viktoria!“ Und so langte denn tatsächlich im 5. Jahre der deutschen Republik in der Berliner Schuldeputation der Antrag des Steglitzer Bezirksamts an, seine beiden Lyzeen Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule und Bismarck-Schule nennen zu dürfen! Und der Herr Bezirksschulrat hat sehr erkaunt, als man es ihm nicht auf sein ehrlisches Gesicht hin glauben wollte, daß dieser Antrag vollkommen „unpolitisch“ gemeint sei und daß nur soziale Motive für solche Namensnennung maßgebend gewesen seien!

Er konnte es gar nicht einsehen, daß die Sozialdemokratie in der Kaiserin-Schule eine Freiheit und in der Bismarck-Schule eine Dummheit sehen wollten, um so mehr, als es in Groß-Berlin schon ein Bismarck-Gymnasium und eine Fürstin-Bismarck-Schule gibt. Aber es half nichts. Auch der Trieb, statt der „kaiserlichen“ Schule nur eine Auguste-Viktoria-Schule zu beantragen (man hoffte damit den republikanischen Sinn der Demokraten zu beschwichtigen), scheiterte an dem Widerstand der bösen Sozialdemokraten. Nein, es half doch etwas. Ihre Bismarck-Schule haben die Steglitzer nämlich gekriegt, weil der „demokratische“ Vertreter sich dem Abstimmungsilemma durch die Flucht entzog. Und nun können die Steglitzer Mädel also die Kürassierstiefel anziehen — lieb Vaterland, magst ruhig sein!

## Um die Gasverbilligung.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am Sonntag den 13. Mai eine Beschlussempfehlung für einen Antrag der Sozialdemokraten im Januar den Magistrat ersucht, Vorschläge für eine Verbilligung des Gases für Rinderbemittele auszuarbeiten. Die Verhandlungen zwischen den Gaswerken und der Wohlfahrtsdeputation haben sich über alles Erwarnten in die Länge gezogen. Die sozialdemokratische Fraktion ließ deshalb bei der Ortsabteilung am Dienstag durch den Genossen Lohmann erklären, daß ihre Zustimmung zur Beibehaltung der Gasabgabe mit der Erfüllung ihres Antrages stehe und falle. Daraufhin legte der Magistrat die Vorschläge gestern der Finanzdeputation vor. Der Vertreter des Magistrats schlug vor, statt einer Verbilligung des Gaspreises eine reiche Vergütung bei denjenigen Verbrauchern einzusetzen zu lassen, deren monatlicher Konsum 10 Kubikmeter nicht übersteigt und deren Einkommen unter 150 000 M. (bei Ledigen unter 100 000 M.) bleibt. Gegen diesen Vorschlag wurden von sozialdemokratischer Seite die schärfsten Bedenken erhoben. Die Einführung einer Einkommensgrenze und die Vergütung durch die Wohlfahrtsdeputation verlangen einen so großen Verwaltungsapparat, daß der Erfolg in keinem Verhältnis zu den Kosten steht. Eine absolute Gerechtigkeit ist auf sozialem Gebiete niemals zu erreichen. Es ist aber besser, wenn man es mit in den Kauf nimmt, daß eine Wohltat auch einigen mit zugute kommt, für die sie nicht bestimmt ist, als wenn man darum einen großen Verwaltungsapparat aufbaut. Es wurde deshalb vorgeschlagen, grundsätzlich die ersten 10 Kubikmeter Gas ganz allgemein zum halben Preise abzugeben. Dies würde eine Verteuerung des übrigen Gases um etwa 50 M. pro Kubikmeter bei dem heutigen Preise bedeuten, d. h. es würden alle Gasverbraucher bis zu einem monatlichen Konsum von 50 Kubikmeter ihr Gas billiger als bisher erhalten können, um so billiger, je weniger sie verbrauchen. Die Kosten würden die Großverbraucher tragen. Bei einer solchen Regelung würden auch linderliche Familien, Heimarbeitlerinnen usw. in den Genuss einer Verbilligung kommen, was bei dem Magistratsvorschlag ausgeschlossen war. Der Räumere hat diesen Vorschlag für so beachtlich, daß auf seine Anregung hin die Angelegenheit an den Magistrat zur erneuten Prüfung zurückverwiesen wurde. Die Entscheidung wird bei den jetzt beginnenden Ortsberatungen fallen.

## Strassenlauf im Norden Berlins.

Die Arbeiterschaft des Nordostens wird am Sonntag, den 13. Mai vormittags von 8 Uhr ab, eine große Sportveranstaltung ihrer Arbeitsbrüder beobachten können. Die Turn- und Sportvereine der Provinz Brandenburg, dem 1. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands, finden sich um 8 1/2 Uhr auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee zu einem Kreis-Strassenlauf zusammen. Dieser Lauf geht vom Exerzierplatz durch die Danziger und Elbinger bis zur Mauerstraße, wendet hier und geht zurück zum „Eger“, wo dann noch die Schützengrube gelaufen wird. Die Meldungen hierzu sind so zahlreich eingegangen, daß die Beteiligung eine sehr große, und da auch wirklich gute Mannschaften mitwirken, eine äußerst interessante Veranstaltung werden wird. Auch unter den Sportlerinnen wird es diesmal bei der 10mal 1/2-Rundenstafel auf dem Exerzierplatz sehr scharf hergehen. Die 2. Jungmädchen-Abteilung von Fichte, die wohl endlich ihre „Hodenstrife“ überwunden hat, die Sportlerinnen von Fichte-Süd, Fichte-Südost, Fichte-West, Reußkolln, Weihensee und auch hoffentlich vom UEG, werden, da sie alle fast gleichwertig sind, einen harten Kampf zu bestehen haben. Die männliche Jugend will sich in einer 10mal 300-Meter-Stafel versuchen. Etwas Neues bietet der Kreisvorsitz mit der Einleitung dieses Kreis-Strassenlaufes, indem er die Trammier und Pfeiferchöre von 11 Turnvereinen aufgebildet hat. Diese werden, zu einem einzigen großen Trammiercorps vereinigt, um 8 Uhr vom Exerzierplatz durch die zu belaufenden Straßen ziehen, um die Arbeiterschaft auf den Beginn des Strassenlaufes aufmerksam zu machen.

## Besuch ausländischer Bürgermeister.

Ungefähr 70 Bürgermeister und andere Vertreter ausländischer Gemeinden sind in Berlin eingetroffen, um die durch den Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. vorbereitete Studienreise durch deutsche Städte anzutreten. Beteiligt sind Holland, Finnland, Estland, Norwegen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Besucht werden Berlin, Lübeck, Kiel, Altona, Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden und vorwiegend Grünberg i. Schl. Die Führung der Reise liegt in den Händen des Geschäftsführers des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V., Generalsekretär Erwin Stein. Am 22. Mai beteiligen sich die Teilnehmer der Studienreise an der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. in Dresden, bei der über Nahrungsentwicklung und Gemeindefinanzen verhandelt wird. Als Redner sind gewonnen für die deutschen Städte: Räumere Rading, Berlin, für die österreichischen Städte: Stadtrat Breitner, Wien, für die deutschen Gemeinden in der Tschechoslowakei: Dr. Seifert, Tepitz-Schönau. In Berlin erfolgen verschiedene Besichtigungen. Oberbürgermeister Böhm wird die Herren in Buch empfangen.

# Prozeß Wofal.

## Kompensationsgeschäft und andere Gefälligkeiten.

Ein recht eigentümlich anmutendes „Tauschgeschäft“ des Angeklagten Franz Wofal mit der Reichstreuhandgesellschaft durch Vermittlung des Angeklagten Kühn, Verkäufer bei der Reichstreuhandgesellschaft, bildete den Gegenstand der weiteren Beweisaufnahme. Mitte November 1922 wurde bei der Hauptstelle des Naturwissenschaftlichen Museums in der Invalidenstr. 12 Risten abgeladen, die neue Pferdegeschirre enthielten, u. a., wie sich später ergab, 215 komplette Ausrüstungen. Da sich im Nebenhaus ein Lager der Reichstreuhandgesellschaft befand und mehrfach schon Verwechslungen vorgekommen waren, nahm die Leitung des Museums an, daß auch diese Risten der Reichstreuhandgesellschaft gehören könnten und machte diesen von der Tatsache Mitteilung. Es wurde dann auch dem Museum erwidert, es werde ein Beamter kommen und man bei, die Risten nicht zu öffnen. Der Angeklagte Kühn erschien auch zur Befichtigung, öffnete die Risten nicht, sondern entfernte sich und ließ dann durch zwei Beamte der Reichstreuhandgesellschaft die Risten versiegeln. Einige Tage später erschien Kühn wieder, und zwar in Begleitung Wofals, und am nächsten Tage wurden die Risten in Wofals Lager in der Friedrichstraße gebracht, wo sie mit allem möglichen Gerämpel, so z. B. alten Konservendbüchsen usw. gefüllt sein sollten. Nach der Anklage handelte es sich bei der „Umpackung“ um völlig wertloses Gerämpel, unter dem sich einige alte Pferdegeschirre befanden. Die Risten wurden dann vernagelt und wieder nach dem Lager der Reichstreuhandgesellschaft in der Invalidenstr. zurückgebracht. Der Angeklagte Kühn macht auf Befragen sehr gemündene Angaben, über diese sehr merkwürdige Transaktion. Darauf gibt Wofal eine merkwürdige und recht unübersichtliche Erklärung über sein Zusammenarbeiten mit der Reichstreuhandgesellschaft in einem Bederkompensationsgeschäft, das die Reichstreuhandgesellschaft mit einem Krüppelheim gehabt hat, und gibt auf Frage des Vorsitzenden die sehr bezeichnende Antwort: Ich bin von der Reichstreuhandgesellschaft hunderte von Malen betrogen worden, da in den mit gestellten Sachen häufig minderwertiges Gerämpel war. Ich habe mir also keine Skrupel gemacht, die Reichstreuhandgesellschaft auch einmal zu betrügen. Der als Zeuge vernommene kaufmännische Leiter der Bederkompensationsgesellschaft Wendt hält es für möglich, daß Kompensationsgeschäfte, wie die mit den Pferdegeschirren, gemacht worden seien.

Ein Polizeibeamter niedergefallen. Unter dieser Überschrift hatten wir auf Grund des Berichtes einer Korrespondenz in Nr. 216 vom 9. Mai mitgeteilt, daß ein Fräulein Frieda Szabiewski wegen eines Einbruchs, bei dem ein Polizeibeamter niedergefallen wurde, verhaftet und bestraft worden sei. Von der Kriminalpolizei wird nunmehr mitgeteilt, daß Fräulein S. nicht nur mit dem Einbruch nichts zu tun hatte, sondern sich im Gegenteil große Verdienste um die Aufführung der Angelegenheit erworben habe.

Eröffnung einer drahtlosen Fernsprechanlage. Freitag wurde die drahtlose Telefonverbindung Kopenhagen—Bornholm feierlich eröffnet. Die Anlage, die erste dieser Art in Europa, ist von der Firma Lorenz-Berlin nach dem System des dänischen Erfinders Paulsen erbaut worden.

Die Veltina-Eruption. Der Veltina ist in heftiger Tätigkeit. Ein mächtiger Strom Lava fließt sieben Meter breit aus einem Eruptionsherd von 800 Metern unterhalb des Gipfels.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch ziemlich kühl und unbeständig, mit wiederholten Regenschauern und häufigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

21. Mai. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich um 8 Uhr am Sonntag zur Parteiarbeit für die Elternbeiratswahl bei Wofal, Prenzlauer Allee 22, einzufinden.  
22. Mai. Weihensee. Heute abend 8 Uhr im Lokal Friedensgarten, Knechtstraße, Sitzung des Bildungsausschusses. Vortrag des Genossen Hahndorf, Jungspatzen. Gruppe Weiz: Sonntag, den 13. Mai, Jugendberbergsportfest nach Bernsdorf. Treffpunkt früh 6 Uhr Spielplatz Sonnenmannstraße.

## Jugendveranstaltungen.

Die Abteilung Nordring veranstaltet heute abend in der Aula der Schule Steinstraße eine Wohlfahrtsspiele. Programm besteht aus Ruff, Sprecher, Regeneration, Gens-Sachs-Spiel und Hebern zur Pause u. a. m. Eintritt 150 M. Billets sind an der Kasse zu haben. Anfang 7 Uhr.

## Morgen, Sonntag, den 13. Mai:

Weiz: Wanderung nach Bernsdorf. Treffpunkt 6 Uhr Spielplatz Sonnenmannstraße. — Friedensgarten: Sportsport. Treffpunkt 7 Uhr am Boot. — Landsberger Viertel: Wanderung Berlin—Strausberg. Treffpunkt 6 Uhr Hbf. Landsberger Allee. — Ketzberg: Wanderung nach Königswalderhausen. Treffpunkt 6 Uhr Krummen. — Ede Bernauer Straße. — Reichshaus Dorf: Wanderung Potsdam—Zeussdorf. Treffpunkt 7 Uhr Hbf. Zeitz.

## Berliner Börsenruhetag.

Die wachsenden Schwierigkeiten der europäischen Politik vermindern die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenritt einer Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage. Die Folge davon ist weiteres Sinken der Mark auf den Weltbörsen. Der amtliche Kurs des Dollars wurde auf 42 892,25 festgesetzt, England stellte sich auf 196 008,75 und Holland auf 16 708,12. Die Nachfrage nach Devisen war ziemlich rege. Auf dem Effektenmarkt übertrug sich trotz des Wochenendes die feste Tendenz, besonders waren wieder Montanwerte begehrt, deren Kurse erheblich über den gestrigen lagen.

## Devisenkurse.

	12. Mai		11. Mai	
	Käufer (Gelb)-Kurs	Verkäufer (Weiß)-Kurs	Käufer (Gelb)-Kurs	Verkäufer (Weiß)-Kurs
1 holländischer Gulden	16708.12	16701.88	15760.50	15889.50
1 argentinische Papier-Peso	15361.50	15438.50	14563.50	14686.50
1 belgischer Franc	2451.35	2463.65	2161.78	2203.22
1 nordwegische Krone	7022.40	7057.60	6658.31	6691.69
1 dänische Krone	7355.06	7394.94	7501.20	7538.80
1 schwedische Krone	11261.77	11318.23	10698.18	10751.82
1 finnische Mark	1180.04	1185.96	1110.77	1105.23
1 japanischer Yen	21047.25	21152.75	19750.50	19849.50
1 italienische Lire	2090.78	2091.22	1915.20	1924.80
1 Pfund Sterling	169008.75	168991.25	165535.—	166465.—
1 Dollar	42992.25	43207.75	40373.81	40576.19
1 französischer Franc	2823.95	2833.05	2648.85	2661.64
1 brasilianischer Milreis	4389.—	4411.—	4189.50	4210.50
1 Schweizer Franc	—	—	7241.85	7278.15
1 spanische Pesta	6533.62	6568.38	6194.62	6165.38
100 österr. Kronen (abgef.)	59.89	60.21	56.85	56.55
1 tschechische Krone	1281.78	1288.22	1208.—	1200.—
1 ungarische Krone	7.88	7.92	7.57	7.53
1 bulgarische Leva	847.18	848.87	828.81	822.19
1 jugoslawischer Dinar	444.88	447.12	420.55	418.45

# Gewerkschaftsbewegung

## Konflikt im Konditoreigewerbe.

Das Konditoreigewerbe ist wohl das einzige in Berlin, wo der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht tariflich geregelt sind. Trotzdem gerade dies Gewerbe eines der lukrativsten ist und recht hohe Gewinne abwirft, wollen die Arbeitgeber ganz allein bestimmen, welchen Lohn sie zahlen und wie lange die Arbeitszeit dauere. In die Innehaltung des Achtstundentages wird in vielen Konditoreien nicht gedacht. Begehrt einer der Arbeitnehmer dagegen auf, so wird er unbarbarisch auf die Straße gesetzt. Löhne werden gezahlt, welche wahrhaft unästhetisch sind. So zahlt der Konditoreibesitzer Delevant, Charlottenburg, Berliner Str. 95, seinem weiblichen Personal 10 000 Mark für den ganzen Monat! Dem Vertreter der Organisation erklärte er, er zähle einfach nicht mehr, niemand könne ihn dazu zwingen, er hätte lange genug in der Tarifkommission geessen und wäre Besitzer im Schlichtungsausschuß, er wählte schon Bescheid. Das ist nun einer der Führer der Arbeitgeber, da braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein großer Teil seiner Kollegen genau so brutal ihre Arbeitnehmer mit Beteiligensinn abspießt.

Der größte Widerstand der Konditoreibesitzer richtet sich vor allem gegen eine angemessene Bezahlung der weiblichen Angestellten. Recht geschmackvoll spricht immer der Obermeister von den Dienstmädchen. Als Ideal schwebt den Herren wohl die Gesindeordnung vor, und bis vor kurzem war es noch üblich, daß auch die Konditorgehilfen um den Hausstufel bitten mußten, wenn sie Ausgang hatten. Durch die ungeheure Lehrlingsausbildung im Konditoreigewerbe — die Innung bemühte sich in diesem Quartal zirka 400 Lehrlinge bei noch nicht 800 beschäftigten Gehilfen unterzubringen — glauben sie einen Streik provozieren zu können. Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren ist alles versucht worden, auch hier eine tarifliche Vereinbarung zustande zu bringen. Immer wieder wurde es von der Innung verhindert. Dreimal fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch und jedesmal lehnte ihn die Innung ab. Dreimal sandten Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar sehr und jedesmal erklärten die Vertreter der Innung, daß dieselbe beschlossen habe, sich keinem Tarif zu fügen, sie wollten doch einmal sehen, wer sie dazu zwingen könnte. Nachdem nunmehr alle friedlichen Mittel erschöpft sind, wird der Zentralverband der Bäcker und Konditoren die Arbeitnehmer der Konditoreien zur Arbeitsniederlegung auffordern und wird, wenn nicht noch im letzten Monat die Innung einlenkt, der Ausbruch des Streikes in den nächsten Tagen erfolgen.

Wir verlangen: Abschluß eines Tarifvertrages, Zahlung derselben Löhne, wie sie im Bäckergewerbe üblich sind. Das sind gewiß keine unbilligen Forderungen und wir erwarten deshalb, daß die Sympathie der Bevölkerung auf Seiten des streikenden Personals sein wird.

## Ein Geschäftsprinzip.

Als einen „neuzeitlichen“ Arbeitgeber stellte der Zentralverband der Fleischer in Nr. 212 des „Vorwärts“ die Großschlachtereiermann Schlüter u. Co. in Cöpenick, Riegelheimer Str. 46, unseren Lesern vor. Zu einem Schreiben an uns bestätigte diese Firma ausdrücklich, daß bei ihr vorzugsweise Meisterlöhne und unorganisierte eingestellt werden. Es sei ihr Geschäftsprinzip, „nur Meisterlöhne usw.“ einzustellen. Sie habe bereits einen Stamm solcher Arbeiter, die es nicht zugeben würden, mit dem „zum größten Teil sehr radikal gesonnenen Zentralverbänden“ in ihrem Betriebe zusammenzuarbeiten. Die Firma schäme es sich zur besonderen Ehre, ihren Betrieb „den sehr radikal gesonnenen Fleischergehilfen des Zentralverbandes“ nicht öffnen zu brauchen.

Mit dem gleichen Gelassenheit, mit dem die Firma Schlüter u. Co. ihr Geschäftsprinzip vertritt, billige und willige Arbeitskräfte zu beschäftigen, wird die organisierte Arbeiterschaft, die in ihrer Gesamtheit radikaler eingestellt ist, als Meisterlöhnen, auf die Produkte dieser Firma verzichten. Wie deren Geschäftsprinzip es nicht zuläßt, organisierte Arbeiter zu beschäftigen, läßt es das Prinzip der gewerkschaftlichen Organisation nicht zu, die Vertreter eines solchen veralteten Geschäftsprinzips irgendwie zu unterstützen. Ein solches „Geschäftsprinzip“ fordert den Widerstand der ganzen Berliner Arbeiterschaft heraus.

## Differenzen in der Reichsbahndirektion.

Zu unserer Veröffentlichung in Nr. 217 des „Vorwärts“ erhalten wir von der Reichsbahndirektion den Text der vom Wolff-Bureau verbreiteten Erwidrerung. Aus diesem Originaltext geht hervor, daß er vom Wolff-Bureau in verkürzter, teilweise sinnlos verunstalteter Form verbreitet worden ist. Das trifft besonders auf die von uns hervorgehobenen Sätze zu. Es wäre allerdings Sache der Reichsbahndirektion gewesen, das Wolff-Bureau zu einer Richtigstellung zu veranlassen. Die Oberpflichtigkeit der Veröffentlichung des Wolff-Bureaus ist leider ein so altes Uebel, daß man darüber kaum noch ein Wort zu verlieren braucht.

## Lohnaufbesserung in der Knopfindustrie.

Eine Versammlung aller in der Metallknopf-Industrie beschäftigten und dem Deutschen Metallarbeiterverband angeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen besaßte sich am Freitag mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen. Die vom Branchenleiter Schulz berichtet wurde, erklärten die Arbeitgeber nach längerem Auseinandersetzen mit den Vertretern der Arbeiterschaft sich bereit, ab 3. bis 23. Mai die bestehenden Löhne um 15 Proz. zu erhöhen. Mehr könnten sie nicht bewilligen, weil ihnen durch die Lohnaufbesserung des Absatzgebietes zum Teil abgeschnitten sei. Das Abkommen könne 7 Tage vor Ablauf von den Parteien getätigt werden. Höhere Löhne sollen bestehen bleiben. Der Redner bemerkte, daß die angebotene Zulage entschieden viel zu gering bemessen sei, zumal man die Löhne in der Branche schon so niedrig gehalten habe, daß der Spitzenlohn für Facharbeiter mit der angebotenen Zulage nur rund 1340 M. betragen würde. Richtig sei allerdings, daß in den meisten Betrieben Kurzarbeit bestünde oder mit verringerten Kräften gearbeitet werde. Die folgende Aussprache hatte zum Ergebnis, daß die Versammlung im Hinblick auf die derzeitige Situation der Annahme des Angebots zustimmt.

## Ein Musterexemplar von Gastwirt.

Der sanktionierte Streik der Belegschaft der Firma Härtelwert, Staaken, geht durch die Starrköpfigkeit der Direktion der fünften Woche entgegen. Obwohl die Streikenden unter Entbehrungen leiden, verjagen sie nicht. Aber dem Gastwirt Hugo Reumann, Staaken, Magistratsweg 72, war es vorbehalten, als arbeitswilliger Ladierer den Streikenden in den Rücken zu fallen, indem er bei der befristeten Firma Backerearbeiten ausführt. Die Streikenden empfehlen der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen bei der Auswahl ihrer Vertreterliste.

Die Firma versucht unter Dekadette in der „Morgenpost“ und anderen bürgerlichen Blättern Arbeitswillige zu bekommen. Wir ersuchen alle Handwerker und Arbeiter sowie Arbeiterinnen, sich die Fahrt nach Staaken zu sparen. Uebst Solidarität, meidet dieses Eldorado, bis dort menschenwürdige Zustände geschaffen sind.

Die Vertrauensleute und Betriebsräte ersuchen wir, die Sammelstellen umgehend im DRW, Spandau, Rottkestr. 7, abzurechnen.

**Theater der Woche.**

Vom 13. bis 22. Mai.

Vollst. 13., 15., 17. und 21. Und des Licht scheint in der Finsternis. 11., 18. und 20. Die lustigen Weiber von Windsor. 14. und 22. Bei dem, der lügt. 19. Das Wintermädchen. — Deutsches Theater: 13. Don Carlos. 14. Die lebende Leinwand. — Kammeroper: Der Kamm. — Festung-Theater: 13., 15., 16., 17., 19., 20. und 21. Wie es Euch gefällt. 14. Der Gant. 18. Bürger Schippe. — Theater in der Königsgraben Straße: Kreisler's Schenker. — Deutsches Opernhaus: 13. und 20. Die Weiberlinger von Hitzberg. 14. und 21. Eugen Onegin. 15. Ein Wasenbell. 16. Tosca. 17. Cavalleria rusticana. Der Gott und die Boheme. 18. Tannhäuser. 19. Rigoletto. — Schiller-Theater: Die Journalisten. — Großes Schauspielhaus: Die Hochzeiterin. — Neues Volks-Theater: 13., 16., 17., 19. bis 21. Die Fahrt nach Orplid. 15. Michael Kramer. — Große Volkoper im Theater des Westens: 13. Die verkaufte Braut. 14. Zohengrin. 15., 18. und 21. Rigoletto. 16. Der Barbier

von Senka. H. Der Knecht. H. H. H. Die Hochzeit. — Schauspiel-Theater: 13. Die Kriden. Die Dole. — Deutsches Künstler-Theater: Der Fürst von Vorpommern. — Komödienhaus: Rabans Komödientheater. — Berliner Theater: 13. — Triana-Theater: Professor Bernhardt. — Refektorium-Theater: Die Entlohnung. — Central-Theater: Postfach und Perlmutter. — Theater in der Kommandantenstraße: 13. bis 19. Zeffe. Ab 19. Julius Caesar und seine Räuber. — Friedrich-Wilhelm-Theater: Die blonde Witze. — Komische Oper: Der Gauklerkönig. — Lustspielhaus: 13. bis 18. Robbin lag die Wahrheit. Ab 19. Die kleine Dama. — Westpark-Theater: Die schönste der Frauen. — Neues Operetten-Theater: Kotin, die Tänzerin. — Thalia-Theater: Die rote Rose. — Theater am Rollenborplatz: Die schöne Wollin. — Theater am Aufseherbamm: H. H. R. — Kleines Theater: Das hässliche Kind. — Wallner-Theater: Des Königs Hofdame. — Wallonia-Theater: Die Liebe geht um. — Theater des Ostens (Kolo-Theater): Eine tolle Sache. — Kaiser-Theater: Die roten Mädel. — Neues Theater am Zoo: Der Weibhändler des Hebräer's Herz. — Intimes Theater: Diplomat im Dienst. Der blaue Onjama. Der Gelbtriefträger. — Männer. — Opernhaus: 13. Welfen. 14. Madame Butterfly. 15. Siegfried. 16. Tosca. 17. Bojazzo und Gianni Schicchi.

13. Schachhaus. 14. Neues Schauspiel. 15. Kriemhild und Volke. 16. Schiller (13. — Schauspielhaus: 13., 15., 17. und 20. Gabriel Bortman. 14. und 21. Der Gant. 16. Faust. 19. Wilhelm Tell. 19. Nathan der Weise. — Nachmittagsvorstellungen. Volkstheater: 13., 20. und 21. Welfen dem, der lügt. — Deutsches Theater: 13. Gelehrter. 20. Brühlings Erwachen. — Kammeroper: 13. Die Rache der Barbara. — Festung-Theater: 13., 20. und 21. Was kann nie wissen. — Deutsches Opernhaus: 13. Die Entführung aus dem Serail. (Veranlassung der Stadt Charlottenburg.) — Schiller-Theater: 13., 20. und 21. Die fünf Feindinnen. — Neues Volks-Theater: 13., 20. und 21. Emilia Galotti. — Deutsches Künstler-Theater: 13., 15. und 20. Taffa. — Theater in der Kommandantenstraße: 13., 15. und 20. Taffa. — Lustspielhaus: 13., 20. und 21. Jugend. — Theater am Rollenborplatz: 13., 17. und 19. Die spanische Flöte. — Schauspielhaus: 20. Minna von Barnheim. 21. Rumpelstilzchen.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Schmidt'sche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

# Unser Pfingst-Angebot

## Herren-Artikel

- Oberhemden Percol, schön 19 500
- Sporthemden weiß mit 29 500
- Oberhemden Schillertragen 19 500
- Sportkragen weiß mit 950
- Vorhemden weiß u. hunt. 3 650
- Ledergürtel bunt mit Kragen 2 200
- Gummigürtel für Herren 1 250
- Strickbinder schöne Muster 950
- Selbstbinder hübliche Muster 1 950
- Hosenträger gute Qualität 2 450

## Damen - Wäsche

### Korsetts

- Damen - Hemden aus 6 900
- Damen-Hemden Träger 8 500
- Damen-Hemden aus gut 12 500
- Damen - Beinkleider Knieform mit Stickerel 6 450
- Damen - Beinkleid Knieform mit Ein- und Ansatz 9 500
- Dam. - Nachthemden Schlupform mit Stickerel 14 500
- Prinzess-Röcke mit Stickerel 19 500
- Untertaillen weiß, m. Stickerel 3 950
- Korsett aus festem Stoff, lange 3 500
- Korsett mit Spiralfedern 6 500
- Hüfthalter lange Form 55 000
- Büstenhalter aus 2 975

## Damen-Konfektion

- Impr. Covercoat-Mäntel extra weit ge- 59 500
- Reise-Mäntel aus guten Donegalstoffen 49 500
- Covercoat-Mäntel frische Glockenform 58 500
- Reise-Kostüme aus Donegalstoffen mit und ohne 165 000
- Leinen- u. Frotteekleider glatt einfarbig od. 37 500
- Vollvoile-Kleider weiß und moderne Farben 42 500
- Vollvoile-Kleider elegante Ausführung 69 500
- Vollvoile-Blusen mit Fichas oder modernen Bab- 29 500
- Jumper mod. Form, Kunstseide od. handgestrickt 28 500
- Kleider-Röcke Sportform, aus gut. Stoff 39 500
- Kleider-Röcke mod. Streifen u. Karos 29 500
- Kleider-Röcke Pilasee, sandfarbig, Chevot und 49 500
- Frottee-Röcke mod. Streifen 29 500
- Strickjacken reine Wolle 49 500
- Kinder-Kleider weiß Batist mit Stickerel-Volant 14 500

Jede weitere Größe 2000 Mark teurer

## Trikotagen

- Einsatzhemden (Herren) hdb- 11 000
- Herren-Hemden makro- 8 500
- Damen-Schlüpfer in vielen 4 500
- Damen-Schlüpfer mit Vo- 7 500

## Schürzen

- Schürzen für Damen, Wiener 6 950
- Schürzen Jumperform, gebümt 9 500
- Servier-Schürz. a. gut. Wäsche- 5 450

## Strümpfe

- Damen-Strümpfe nahlos 2 400
- Herren-Socken aus 1 150
- Herren-Socken farblich 2 900

## Taschentücher

- Taschentücher für Damen, 390
- Taschentücher f. Herren 850
- Taschentücher f. Herren mit 975

## Modewaren-Kurzwaren

- Faltenkragen reht garniert 3 200
- Bubikragen aus 3 800
- Jabois mit Stehkragen u. Einsätzen 2 100
- Hemdenpasssen aus Stickerel 1 850
- Maschinengarn auf Holz- 200 m 600



Berlin-Schöneberg  
Hauptstr. 149

Landsberger-  
Allee 29

## AKTIEN-GESELLSCHAFT

### Fahrtvergütung!

# Eine Sensation!

Der Dollar steigt  
meine Preise bleiben unverändert billig!

## RIESEN-AUSWAHL!

- Herren-Anzüge. 275<sup>000</sup>, 195<sup>000</sup>, 135<sup>000</sup>, **85<sup>000</sup>**
- Jünglings-Anzüge . . . . 145<sup>000</sup>, 95<sup>000</sup>, **58<sup>000</sup>**
- Sommer-Schlüpfer . . . 145<sup>000</sup>, 95<sup>000</sup>, **68<sup>000</sup>**
- Gummi-Mäntel . . . . . 185<sup>000</sup>, 135<sup>000</sup>, **85<sup>000</sup>**
- Hosen . . . . . 45<sup>000</sup>, 28<sup>000</sup>, 18<sup>000</sup>, **12<sup>500</sup>**

Kauf erleichtert durch Anzahlung

# Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG  
Wilmsdorfer Straße 133  
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

### Gewinn-Auszug

21. Preussisch-Süddeutschen  
(247. Preussischen) Klassen-Lotterie  
4. Klasse 21. Ziehungstag 11. Mai 1923

Das Gewin. Nachtrag verbietet.  
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne  
über 30 000 M gezogen.

- 3 zu 3 Millionen M 163306
- 8 zu 50 000 M 93171 151574 218490 237176
- 72 zu 30 000 M 4436 23106 40410 43482 79955
- 71810 77267 79771 82949 83404 100763 117097 122614
- 131386 197440 144099 171635 180038 196641 234937
- 347630 248316 259983 259623 265768 290174 300769
- 281890 289046 291047 299028 314124 320978 343133
- 345204 362155

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne  
über 30 000 M gezogen.

- 3 zu 500 000 M 232654
- 3 zu 250 000 M 210370
- 14 zu 50 000 M 21365 65073 282604 290732
- 301620 389067 961974
- 63 zu 30 000 M 3642 18280 18553 19474 20990
- 42078 48123 48371 66401 63178 76784 78595 108200
- 107677 116699 123244 132242 148753 148234 161708
- 182616 179358 182356 194327 190070 203704 207747
- 218105 217676 232278 235860 241598 278836 289133
- 318910 324351 338486 340980 349009 353300 358773
- 355284 364703 380074

**Gebrüder Fuhrmann**  
Handelsgerichtlich eingetragene Firma  
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
Zahngelisse  
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

**BÜCHER GESUCHT**  
Wir sind ständige Abnehmer  
von antiquarischer, besonders  
sozialistischer Literatur.  
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT  
W. 15, Sächsische Str. 7 — Platzburg 5146  
Einfach von Brillanten,  
Berlin, Amargasse, Platin, Gold, und  
Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe,  
Schapiro, Rene Albigt, 19a, im Sabot.

# Drei Schlager!!

Gut — billig — reell

- Jackett-Anzüge aus besten Stoffen, in hell u. dunkl. Farben 58 000
- Jackett-Anzüge aus prima Stoffen, aus Wollgarn geord., best. 110 000
- Jünglings-Anzüge Jackett u. Oberformen, in allen Qualitäten 48 000
- Sport-Anzüge in Verarbeitung, 145 000 175 000 58 000 118 000
- Sommer-Mäntel aus modernem Material, mit Hüftmatten u. Gürt. 68 000
- Covercoat-Paletots a. gut u. best. Stoffen. 245 000 185 000 98 000 78 000
- Gummi-Mäntel aus gut. Stoffen mit best. Gummierung gefest. 78 000
- Herren-Hosen für Damen u. Herren 115 000 145 000 115 000 14 000

## Gardinen • Wäsche • Pelze

**Damen - Mäntel**  
vom soliden bis elegantesten Modell  
28000 38000 58000 78000  
98000 125000 145000

Solange Vorrat reicht, Mengenabgabe vorbehalten.  
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung ohne Verkaufszuschlag!

Riesenauswahl! Fahrtvergütung! Riesenauswahl!

**Kleezewski**  
127 Wilmsdorfer Straße 127  
Ecke Schillerstraße, erste Etage, am Bahnhof Charlottenburg  
47 Boxhagener Straße 47  
Ecke Holteistraße, am Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

**HOSEN! Billiges Pfingstangebot** und trotzdem 10 Proz. Rabatt bei  
jedem Einkauf. — Hosen jeder Art  
und in allen Größen kaufen Sie am besten und billigsten in der Münchener  
Glück. Hosen-Zentrale, Berlin, Rügener Str. 23 (blauer Laden), nahe BfL  
Gesundbr. Kein Versand außerhalb. — Linien 8, 8, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 99, 114, 27, 140